

Fragen

für die Fragestunden der Sitzungen des Deutschen Bundestages
am Mittwoch, dem 6. Dezember 1989
am Donnerstag, dem 7. Dezember 1989

Verzeichnis der Fragenden

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Dr. Abelein (CDU/CSU)	19, 20	Dr. Nöbel (SPD)	56, 57
Frau Beer (DIE GRÜNEN)	32, 33	Pauli (SPD)	14, 15
Brauer (DIE GRÜNEN)	58, 59	Reuter (SPD)	28, 29
Conradi (SPD)	27	Frau Rust (DIE GRÜNEN)	36, 37
Frau Dr. Däubler-Gmelin (SPD)	1	Frau Schmidt (Hamburg) (DIE GRÜNEN)	39, 40
Dr. Daniels (Regensburg) (DIE GRÜNEN)	13, 75	Frau Schmidt (Nürnberg) (SPD)	65
Eigen (CDU/CSU)	2, 3	Sielaff (SPD)	52, 53
Dr. Emmerlich (SPD)	50, 51	Dr. Sperling (SPD)	25, 26
Gansel (SPD)	42, 43	Stiegler (SPD)	48, 49
Hiller (Lübeck) (SPD)	4, 5	Stobbe (SPD)	9, 45
Hinsken (CDU/CSU)	66, 67	Frau Teubner (DIE GRÜNEN)	23, 24
Dr. Hirsch (FDP)	54, 55	Frau Dr. Timm (SPD)	30, 31
Dr. Hitschler (FDP)	68, 69	Uldall (CDU/CSU)	7
Frau Hoffmann (Soltau) (CDU/CSU)	72	Urbanika (SPD)	61, 62
Jungmann (Wittmoldt) (SPD)	46, 47	Frau Dr. Vollmer (DIE GRÜNEN)	41
Kirschner (SPD)	70, 71	Frau Weyel (SPD)	11, 12
Dr. Kübler (SPD)	18, 74	Wischnewski (SPD)	44, 60
Dr. Lippelt (Hannover) (DIE GRÜNEN)	34, 35	Dr. de With (SPD)	16, 17
Lowack (CDU/CSU)	73	Frau Wollny (DIE GRÜNEN)	8, 38
Menzel (SPD)	63, 64	Wüppesahl (fraktionslos)	6
Müntefering (SPD)	21, 22	Frau Würfel (FDP)	10

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

	Seite
Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz	3
Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	3
Geschäftsbereich des Bundesministers für innerdeutsche Beziehungen . .	3
Geschäftsbereich des Bundesministers für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit	4
Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und des Bundeskanzleramtes . . .	4
Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit	5
Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr	6
Geschäftsbereich des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau	7
Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen	8
Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern	12
Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen	13
Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft	13
Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung . . .	14
Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung	15

Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz

- | | |
|---|---|
| 1. Abgeordnete
Frau
Dr. Däubler-Gmelin
(SPD) | Welche Konsequenzen hat der Bundesminister der Justiz aus der Tatsache gezogen, daß der Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesminister der Justiz, Dr. Jahn, sich am 7. November 1989 in einer Presseerklärung zu dem sogenannten Soldatenurteil des Landgerichts Frankfurt vom 20. Oktober 1989 in einer Weise geäußert hat, die nach weit verbreiteter Auffassung u. a. des Deutschen Richterbundes einen in der Justizgeschichte der Bundesrepublik Deutschland bislang einmaligen Eingriff in die Unabhängigkeit der Gerichte darstellt? |
|---|---|

**Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung,
Landwirtschaft und Forsten**

- | | |
|--|--|
| 2. Abgeordneter
Eigen
(CDU/CSU) | Wie wird die Bundesregierung die deutsche Landwirtschaft vor Verlusten bei Auf- und Abwertungen innerhalb des EWS schützen angesichts der Vorlagen der Kommission der Europäischen Gemeinschaften, die eine Abschaffung aller Grenzausgleiche in der Europäischen Gemeinschaft 1993 vorsehen? |
| 3. Abgeordneter
Eigen
(CDU/CSU) | Warum werden Pflanzenschutzmittel nach Meinung der Bundesregierung, die in Ländern der Europäischen Gemeinschaft zugelassen sind, nicht auch in der Bundesrepublik Deutschland automatisch zugelassen, wie es der EuGH in mehreren Urteilen bei Lebensmitteln erzwungen hat, oder hat der Schutz des Menschen einen geringeren Wert als der Schutz der Pflanzen? |

**Geschäftsbereich des Bundesministers
für innerdeutsche Beziehungen**

- | | |
|--|---|
| 4. Abgeordneter
Hiller
(Lübeck)
(SPD) | Wie begründet die Bundesregierung, daß sie für die geplante Neuauflage des DDR-Handbuches neben Prof. Zimmermann von der Freien Universität Berlin, der bisher die wissenschaftliche Leitung hatte, Prof. Schroeder von der Universität |
|--|---|

Regensburg, Prof. Fischer von der Universität Bonn und Prof. Gutmann von der Universität Köln mit der Herausgabe zu beauftragen?

5. Abgeordneter
Hiller
(Lübeck)
(SPD)

Wie beurteilt die Bundesregierung, daß es sich bei Prof. Schroeder um den gleichen Dozenten handelt, der in den Jahren 1983 und 1984 durch „rassistische und ausländerfeindliche Äußerungen“ (s. Presseberichte wie beispielsweise im SPIEGEL Nr. 37, 10. September 1984, S. 94, in der FAZ vom 13. Oktober 1983) auf sich aufmerksam gemacht hat?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit

6. Abgeordneter
Wüppesahl
(fraktionslos)

Hat die Bundesregierung Konzepte, und wenn ja, wie sehen diese aus, wie damit umgegangen werden soll, daß Naturschutzgebiete – wie z. B. die Lauenburgische Seenplatte –, die an der Grenze zur DDR liegen und daurch maßgeblich zu ökologischen Refugien für Tiere und Pflanzen geworden sind, in Zukunft zu behandeln sind bzw. ihre Zerstörung durch die Öffnung der Grenze verhindert werden soll?

7. Abgeordneter
Uldall
(CDU/CSU)

Wie beurteilt die Bundesregierung die Pläne, neu zu errichtende Entsorgungsanlagen für ölverschmutzte Wässer von Schiffen in Cuxhaven, Wilhelmshaven und Nordenham mit Bundesmitteln zu fördern, obwohl bereits ausreichende, ausschließlich privat finanzierte Kapazität vorhanden ist?

Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und des Bundeskanzleramtes

8. Abgeordnete
Frau
Wollny
(DIE GRÜNEN)

Verfügt der Bundesnachrichtendienst über Erkenntnisse, nach denen der Bau eigener U-Boote in Südafrika bereits begonnen hat bzw. daß entsprechende Vorbereitungen hierfür bereits getroffen wurden, z. B. in der Form, daß die Anlagen südafrikanischer Werften entsprechend verändert wurden?

9. Abgeordneter
Stobbe
(SPD)
- Ist das Bundeskanzleramt vom Antrag der 33 Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen zur militärischen Zusammenarbeit mit Südafrika in der Generalversammlung der Vereinten Nationen vom 9. November 1989 durch das Auswärtige Amt informiert worden, und hat es dazu Stellung genommen?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend,
Familie, Frauen und Gesundheit**

10. Abgeordnete
**Frau
Würfel**
(FDP)
- Wie ist zu vereinbaren, daß einerseits der Bundesrechnungshof die wissenschaftliche Bewertung des Bundesgesundheitsamtes zur gesundheitlichen Beurteilung von Asbest aus dem Jahre 1982 kritisiert, wenn andererseits ein internationales Expertengremium im September 1989 zu der Feststellung kommt, daß die damalige Aussage wissenschaftlich zutreffend war und auch aus heutiger Sicht noch zutrifft?
11. Abgeordnete
**Frau
Weyel**
(SPD)
- Welche Erkenntnisse liegen der Bundesregierung über das Abfallprodukt aus der Vitamin-C-Produktion vor, das unter dem Namen „Dikegulac“ als Wachstumsregulator an die Landwirtschaft verkauft wird und in mehreren Rheinwasserwerken die erlaubten Grenzen für Pflanzenbehandlungsmittel überschreiten soll?
12. Abgeordnete
**Frau
Weyel**
(SPD)
- Was versteht die Bundesregierung unter einer „verursachergerechten Problemlösung“, zu der die Bundesministerin für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit die Landesregierungen aufgefordert haben soll?
13. Abgeordneter
**Dr. Daniels
(Regensburg)**
(DIE GRÜNEN)
- Was können die Ursachen für die außergewöhnliche Krebsausbreitung in Höhen des Schwarzwaldes, z. B. in den Gemeinden St. Georgen-Peterszell, Langenschiltach, Buchenberg und Tennenbronn, sein, und was unternimmt die Bundesregierung dagegen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr

14. Abgeordneter
Pauli
(SPD)
- Welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung aus der Tatsache, daß sich seit der Öffnung des Saarkanals das Transportaufkommen auf der Mosel verdoppelt hat und 1989 auf rund 18 Millionen Tonnen ansteigen wird, und ist die Bundesregierung bereit, nicht durch eine teure und wenig hilfreiche Moselvertiefung, sondern durch den alsbaldigen Bau zweiter Schleusenammern sicherzustellen, daß die unvertretbaren Wartezeiten vor den Schleusen nachhaltig vermindert und damit wirksam zur Verbesserung des Verkehrsflusses auf dieser Wasserstraße beigetragen wird?
15. Abgeordneter
Pauli
(SPD)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die Mitteilung des Bundesrechnungshofes vom 8. August 1989, AK: III 1/5001-88, über die im Jahre 1987 durchgeführte Prüfung der Organisation und Personalwirtschaft im Bereich des Schleusen- und Wehrbetriebes an Binnenwasserstraßen der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung des Bundes, wonach untersucht werden soll, ob aus wirtschaftlichen Erwägungen der Nachtbetrieb auf der Mosel eingestellt werden kann?
16. Abgeordneter
Dr. de With
(SPD)
- Ist die Bundesregierung bereit, den Ausbau des Fernstraßennetzes in Oberfranken zu beschleunigen, damit die Kapazität für den vervielfachten Grenzverkehr zur DDR rasch erweitert werden kann, und wenn ja, wann ist mit der Fertigstellung des Frankenschnellwegs bis Untersiemau/Coburg und dem vierspurigen Weiterbau der Maintalautobahn bis zur Anschlußstelle Kulmbach zu rechnen?
17. Abgeordneter
Dr. de With
(SPD)
- Ist die Bundesregierung bereit, mit der DDR in Verhandlung zu treten, damit die Kapazität der bestehenden Eisenbahnübergänge in Oberfranken zur DDR rasch weiter ausgebaut und ursprünglich vorhanden gewesene an den neu hinzugekommenen Grenzübergängen wieder eingerichtet werden, und welche Absichten hat die Bundesregierung insbesondere zur Verbesserung der Eisenbahnfernstrecken in Oberfranken an den Grenzübergängen Ludwigsstadt und Hof?
18. Abgeordneter
Dr. Kübler
(SPD)
- Welches ist die Rechtsgrundlage für das von dem Bundesminister für Verkehr als Repression gegen das Nachtfahrverbot Österreichs auf seinen Alpenautobahnen vorgesehene Nachtfahrverbot für Schwerlastzüge aus Österreich, und sind diese Maßnahmen mit der EG abgestimmt?

19. Abgeordneter
Dr. Abelein
(CDU/CSU) Wieso trifft die Deutsche Lufthansa keine Vorkehrungen für die Lösung der Probleme ihrer Passagiere, wenn Flüge witterungsbedingt umgeleitet werden müssen?
20. Abgeordneter
Dr. Abelein
(CDU/CSU) Welche Möglichkeiten hat die Bundesregierung, darauf hinzuwirken, daß die bundeseigene Deutsche Lufthansa auf Inlandsflügen ihre Passagiere bei Umleitungen, Verspätungen oder Ausfällen von Flügen besser betreut als bisher?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für Raumordnung,
Bauwesen und Städtebau**

21. Abgeordneter
Müntefering
(SPD) Was wird die Bundesregierung anlässlich der Beratungen der EG-Minister im Dezember zum Thema Obdachlosigkeit an Maßnahmen vorschlagen?
22. Abgeordneter
Müntefering
(SPD) Denkt die Bundesregierung zur Bekämpfung der steigenden Obdachlosigkeit an neue Maßnahmen, die über die Koalitionsvereinbarung vom 7. November hinausgehen?
23. Abgeordnete
Frau Teubner
(DIE GRÜNEN) Wie ist der derzeitige Stand der von der Bundesregierung angekündigten Überprüfung der Wärmeschutz- und Heizanlagenverordnung?
24. Abgeordnete
Frau Teubner
(DIE GRÜNEN) Unterstützt die Bundesregierung die Bundesratsinitiative des Landes Baden-Württemberg zur Novellierung der Wärmeschutz- und Heizanlagenverordnung und zur Förderung energiesparender Maßnahmen im baulichen Bereich mit dem Ziel, die Kohlendioxid-Emissionen zu reduzieren und Energieressourcen zu schonen?
25. Abgeordneter
Dr. Sperling
(SPD) Wie lautet der Arbeitsauftrag der im Bundesministerium für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau gebildeten „Projektgruppe Belegungsrechte“?
26. Abgeordneter
Dr. Sperling
(SPD) Wann wird der erste Bericht dieser Projektgruppe vorliegen?

27. Abgeordneter
Conradi
(SPD)
- Trifft es zu, daß die Bundesregierung die Bundesbaudirektion und andere an der Planung des Deutschen Historischen Museums Beteiligte angewiesen oder aufgefordert hat, nicht an der Anhörung des Berliner Senats zur Architektur des Deutschen Historischen Museums am Montag, dem 27. November 1989, in Berlin teilzunehmen?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen

28. Abgeordneter
Reuter
(SPD)
- Ist der Bundesregierung bekannt, daß sich der Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in der Republik Irland als „Gutachter“ für die Ausweisung von Mülldeponien im Main-Kinzig-Kreis betätigt?
29. Abgeordneter
Reuter
(SPD)
- Wie beurteilt die Bundesregierung das Verhalten eines Berufsdiplomaten, der in einem Schreiben vom 14. November 1988, das dem Bundesminister des Auswärtigen vorliegen muß, sich in eine politische Auseinandersetzung in seinem Heimatkreis einmischt und sich völlig undiplomatisch im Ton vergreift?
30. Abgeordnete
Frau Dr. Timm
(SPD)
- Wie beurteilt die Bundesregierung den Beitrag der 50 Bundesgrenzschutzangehörigen, die im Rahmen der UN-Aktion UNTAG (United Nations Transnational Assistance Group) die Wahlen in Namibia beobachtet haben, und wie wird sie sich verhalten, falls der Auftrag dieser UNTAG-Mission verlängert wird?
31. Abgeordnete
Frau Dr. Timm
(SPD)
- Wie hoch war der finanzielle Beitrag, mit dem die Bundesrepublik Deutschland sich an diesem Vorhaben beteiligt hat, und kann die Bundesregierung bestätigen, daß jeder der Grenzschutzangehörigen ein Entgelt von monatlich mehr als 3000 US-Dollar erhalten hat?
32. Abgeordnete
Frau Beer
(DIE GRÜNEN)
- Hält die Bundesregierung die in insgesamt vier Gutachten des Auswärtigen Amtes für die Oberfinanzdirektion Kiel und die Staatsanwaltschaft Kiel geäußerte Auffassung, das U-Boot-Geschäft der Firmen HDW und IKL mit Südafrika habe keine erhebliche Störung der auswärtigen Beziehungen der Bundesrepublik Deutschland verursacht, auch nach der Verabschiedung der UNO-Resolution A/44/L.34/Rev. 1 durch die Generalversammlung der Vereinten Nationen für zutreffend, und wie bewertet die Bundesregierung die Tatsache, daß die genannte Resolution mit großer Mehrheit, d. h. mit 106 gegen 17 Stimmen bei 26 Enthaltungen, verabschiedet wurde?

33. Abgeordnete
Frau Beer
(DIE GRÜNEN)
- Teilt die Bundesregierung die Auffassung der Vollversammlung der Vereinten Nationen, daß die U-Boot-Pläne-Lieferungen der Firmen HDW und IKL nach Südafrika einen Bruch des UNO-Rüstungsembargos darstellen, und welche Antwort wird die Bundesregierung der UNO auf die Forderung der UNO-Generalversammlung geben, die Bundesregierung möge die beiden U-Boot-Firmen gerichtlich verfolgen lassen?
34. Abgeordneter
Dr. Lippelt (Hannover)
(DIE GRÜNEN)
- Mit welchen Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen haben die diplomatischen Vertretungen der Bundesrepublik Deutschland in der Zeit vor der Verabschiedung der UNO-Resolution A/44/L.34/Rev. 1 diesbezügliche Gespräche geführt, und kann die Bundesregierung Informationen bestätigen, daß die Länder Antigua und Barbuda, Benin, Burundi, Komoren, Djibouti, Gambia, Kenia, Liberia und Niger ihre Unterschrift unter die genannte Resolution auf Grund der Gespräche mit den bundesdeutschen Vertretungen zurückgezogen haben?
35. Abgeordneter
Dr. Lippelt (Hannover)
(DIE GRÜNEN)
- Warum hat die bundesdeutsche UNO-Vertretung während der UNO-Vollversammlung versucht, den Passus zur Aufforderung an die Bundesregierung, die Firmen strafverfolgen zu lassen, die U-Boot-Pläne an Südafrika geliefert haben, aus der Resolution A/44/L.34/Rev. 1 streichen zu lassen, und wie wertet die Bundesregierung die Tatsache, daß die Streichung der Passage von der Vollversammlung der Vereinten Nationen abgelehnt wurde?
36. Abgeordnete
Frau Rust
(DIE GRÜNEN)
- Welche internationalen Reaktionen auf das U-Boot-Geschäft der Firmen IKL und HDW mit Südafrika hat es seit dem Gutachten des Auswärtigen Amtes vom 19. Mai 1987 gegeben, wie bewertet die Bundesregierung diese internationalen Reaktionen, insbesondere die in einem taz-Interview vom 3. Mai 1989 vom jetzigen Vorsitzenden der UNO-Generalversammlung, Garba, gegen die Bundesregierung erhobenen Vorwürfe sowie die in einem Brief von Friedensnobelpreisträger Bischof Tutu an Bundesaußenminister Genscher und in einer Presseerklärung des südafrikanischen Kirchenrates vom 31. August 1989 zum Ausdruck kommende Kritik am Verhalten der Bundesregierung bei der Behandlung der U-Boot-Affäre?
37. Abgeordnete
Frau Rust
(DIE GRÜNEN)
- Betrachtet die Bundesregierung die Aufforderung der UNO-Vollversammlung an die Bundesregierung, die beiden Unternehmen, die U-Boot-Pläne nach Südafrika geliefert haben, gerichtlich verfolgen zu lassen als Einmischung in die inneren Angelegenheiten der Bundesrepublik Deutschland oder als legitimen Aufruf der UNO nach sichtbaren Konsequenzen aus dem Bruch des UNO-Rüstungsembargos gegen Südafrika durch die Firmen IKL und HDW, und erklärt sich

die Bundesregierung diese Aufforderung aus der Tatsache, daß der Mehrheit der UNO-Generalversammlung sehr wohl bekannt ist, daß gegen die Firmen bisher noch nicht einmal ein staatsanwaltliches Ermittlungsverfahren eingeleitet worden ist?

38. Abgeordneter
Frau Wollny
(DIE GRÜNEN)
- Wie bewertet die Bundesregierung die in der Fernsehsendung MONITOR vom 15. August 1989 vorgestellten Zeugenaussagen, nach denen in Südafrika der U-Boot-Bau mit deutscher Hilfe und unter Leitung des ehemaligen HDW-Oberingenieurs Gerd Rademann bereits weit vorangeschritten sein soll?
39. Abgeordnete
Frau Schmidt
(Hamburg)
(DIE GRÜNEN)
- Ist der Bundesregierung ein Strategiepapier des Südafrikaners Willem Venter vom 22. Oktober 1984 bekannt, das eine Desinformationskampagne zum U-Boot-Geschäft vorschlägt, die nach diesem Papier u. a. vorsieht, daß ausgewählte Personen der Bundesregierung in eine geheime Fortsetzung des U-Boot-Geschäfts eingeweiht werden sollen, und ist die Bundesregierung inzwischen an der von Willem Venter vorgeschlagenen Desinformationskampagne beteiligt worden?
40. Abgeordnete
Frau Schmidt
(Hamburg)
(DIE GRÜNEN)
- Wann hat die Bundesregierung zum letzten Mal mit der südafrikanischen Regierung oder mit den südafrikanischen U-Boot-Bauern auf das U-Boot-Geschäft der Firmen HDW und IKL bezogene Kontakte aufgenommen, und was war gegebenenfalls der Inhalt diesbezüglicher Gespräche?
41. Abgeordnete
Frau Dr. Vollmer
(DIE GRÜNEN)
- Kann die Bundesregierung ausschließen, daß beim jetzt vom Bundessicherheitsrat genehmigten Israel-U-Boot-Geschäft U-Boot-Know-how und U-Boot-Teile über den Umweg Israel in die Hände Südafrikas gelangen, und ist der Bundesregierung in diesem Zusammenhang bekannt, daß Israel und Südafrika bereits im Jahre 1980 anlässlich eines Besuchs des damaligen israelischen Verteidigungsministers Eza Weizmann in Südafrika die gemeinsame Produktion eines U-Bootes in Südafrika beschlossen haben?
42. Abgeordneter
Gansel
(SPD)
- Wann hat das Auswärtige Amt die Staatsanwaltschaft Kiel vom Beschluß der Vereinten Nationen zur „militärischen Zusammenarbeit mit Südafrika“ vom 21. November 1989 informiert, und wann ist dieser Beschluß der Staatsanwaltschaft Kiel zugestellt worden?

43. Abgeordneter
Gansel
(SPD)
- Hält sich die Bundesregierung für verpflichtet, ihr Gutachten vom 26. September 1989 gegenüber der Staatsanwaltschaft Kiel, in dem sie eine erhebliche Störung der auswärtigen Beziehungen der Bundesrepublik Deutschland durch das U-Boot-Geschäft mit Südafrika verneint hat, nach dem Beschluß der Generalversammlung der Vereinten Nationen vom 21. November 1989 zu korrigieren?
44. Abgeordneter
Wischniewski
(SPD)
- Aus welchen Gründen hat die Bundesregierung bei Straftaten im Zusammenhang mit dem Bau einer C-Waffenanlage in Libyen eine erhebliche Störung der auswärtigen Beziehungen der Bundesrepublik Deutschland bejaht und eine solche Störung beim U-Boot-Geschäft mit Südafrika verneint?
45. Abgeordneter
Stobbe
(SPD)
- Welche Anweisungen hat das Auswärtige Amt der Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei den Vereinten Nationen im Zusammenhang mit der beantragten und schließlich beschlossenen Verurteilung des U-Boot-Geschäftes von Firmen aus der Bundesrepublik Deutschland mit Südafrika durch die Generalversammlung der Vereinten Nationen erteilt?
46. Abgeordneter
Jungmann
(Wittmoldt)
(SPD)
- Trifft es zu, daß 33 Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen am 9. November 1989 in der Generalversammlung der Vereinten Nationen beantragt haben, „... die Aktionen solcher Staaten und Organisationen aufs tiefste zu beklagen, die direkt oder indirekt das Rüstungsembargo fortgesetzt verletzen ... insbesondere die Bundesrepublik Deutschland, die die Lieferung von Blaupausen für den Bau von U-Booten durch zwei Unternehmen von ihrem Staatsgebiet an Südafrika erlaubt hat ...“?
47. Abgeordneter
Jungmann
(Wittmoldt)
(SPD)
- Aus welchen Gründen hat sich die Bundesregierung dafür eingesetzt, den Antrag vom 9. November 1989 dahin gehend zu ändern, daß es statt der zitierten Formulierung heißt: „... die Aktionen solcher Staaten und Organisationen aufs tiefste zu beklagen, die direkt oder indirekt das Rüstungsembargo fortgesetzt verletzen ... insbesondere ... zwei Unternehmen aus der Bundesrepublik Deutschland wegen der Lieferung von Blaupausen für den Bau von U-Booten ...“, und den Antrag mit dem Zusatz zu ergänzen“ ... und fordert die Regierung der Bundesrepublik Deutschland auf, ihre Verpflichtungen gemäß Resolution 421 zu erfüllen, indem sie gegen die erwähnten Unternehmen strafrechtliche Ermittlungen einleitet“?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern

48. Abgeordneter **Stiegler** (SPD) Arbeitet die Bundesregierung an einer Gesamtkonzeption zur Wiederbelebung aller Grenzübergänge zur CSSR, und wird sie einer erneuerten Regierung in Prag einen auch mit Finanzierungsvorschlägen untermauerten Entwurf für einen Grenzvertrag vorlegen?
49. Abgeordneter **Stiegler** (SPD) Trifft es zu, daß an der medizinischen Fakultät der Universität München im Auftrag der Bundesregierung in der Psychiatrischen Klinik Psychopharmaka erprobt werden, die in Kriegs- und Katastrophenfällen als „Pillen für den Ausnahmezustand“ verabreicht werden sollen, und wieviel Mittel werden für diesen Forschungsauftrag eingesetzt?
50. Abgeordneter **Dr. Emmerlich** (SPD) Ist der Versicherungsdetektiv Werner Mauss von führenden Mitarbeitern des Bundeskriminalamtes als dessen „freier Mitarbeiter“ bezeichnet worden, und welchen Status hatte Mauss?
51. Abgeordneter **Dr. Emmerlich** (SPD) Trifft die Feststellung des 11. Untersuchungsausschusses des niedersächsischen Landtages zu, daß Mauss niedersächsischen Polizeibehörden vom Bundeskriminalamt empfohlen worden ist mit dem Hinweis, er solle so behandelt werden, als sei er ein Anghöriger des Bundeskriminalamtes?
52. Abgeordneter **Sielaff** (SPD) In welcher Form wirkt die Bundesregierung darauf hin, daß Einsatzleiter der Polizei im Umkreis des Deutschen Bundestages besonders geschult und qualifiziert sind, um im Umgang mit Bürgern/innen nicht durch übereifriges Handeln ein negatives Bild unserer demokratischen Gesellschaft zu vermitteln?
53. Abgeordneter **Sielaff** (SPD) Wie stellt die Bundesregierung sicher, daß die Bannmeile in Bonn als solche klar erkennbar ist und Bürger/innen nicht aus Unwissenheit – z. B. durch eine Demonstration am Rande der Bannmeile – in ein Strafverfahren verwickelt werden?
54. Abgeordneter **Dr. Hirsch** (FDP) Wie hat sich der neue Straftatbestand der §§ 17a, 27 VersG der Vermummung und der passiven Bewaffnung, der diese Taten immerhin mit einer Gefängnisstrafe von bis zu einem Jahr bedroht, angesichts der Krawalle vom 27. November 1989 in Göttingen ausgewirkt, an denen zahlreiche Personen vermummt und behelmt teilgenommen haben?
55. Abgeordneter **Dr. Hirsch** (FDP) In wie vielen Fällen hat die Polizei die scharenweise herumlaufenden Straftäter festgenommen oder ihre Personalien festgestellt, und in wie vielen Fällen sind dementsprechend Strafverfahren eingeleitet worden?

- | | |
|---|--|
| 56. Abgeordneter
Dr. Nöbel
(SPD) | Wie viele verummte Personen hat die Polizei bei der Demonstration am 25. November 1989 in Göttingen festgenommen? |
| 57. Abgeordneter
Dr. Nöbel
(SPD) | Wie viele der ca. 2 500 verummten Personen, die an dieser Demonstration teilgenommen haben, müssen mit einer Bestrafung rechnen? |

Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen

- | | |
|---|--|
| 58. Abgeordneter
Brauer
(DIE GRÜNEN) | Wie bewertet die Bundesregierung die Tatsache, daß das bundeseigene Unternehmen HDW noch immer ca. 30 Mio. DM aus dem U-Boot-Geschäft auf einem Sperrkonto hält und eine Rückabwicklung des U-Boot-Geschäfts mit Südafrika noch immer nicht stattgefunden hat? |
| 59. Abgeordneter
Brauer
(DIE GRÜNEN) | Ist der U-Boot-Vertrag zwischen HDW/IKL und Südafrika nach Kenntnis der Bundesregierung noch immer in Kraft, und wann wurde er gegebenenfalls in beiderseitigem Einverständnis der Vertragsparteien außer Kraft gesetzt? |
| 60. Abgeordneter
Wischnewski
(SPD) | Trifft es zu, daß die mit dem U-Boot-Geschäft mit Südafrika verbundenen Straftaten und Ordnungswidrigkeiten von Firmen aus der Bundesrepublik Deutschland im Dezember 1989 verjähren können, und wenn nein, wann ist nach dem Erkenntnisstand der Bundesregierung mit einer Verjährung zu rechnen? |

Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft

- | | |
|---|---|
| 61. Abgeordneter
Urbanik
(SPD) | Mit welcher Begründung hat der Bundesminister für Wirtschaft in Brüssel zugestimmt, daß die vor einem Jahr vereinbarte Schließung des italienischen Stahlwerkes Bagnoli erneut um ein Jahr auf den 31. Dezember 1990 verschoben worden ist? |
| 62. Abgeordneter
Urbanik
(SPD) | Ist dieses Nachgeben ein einmaliger Vorgang, oder wird sich die Bundesregierung weiter daran beteiligen, die offensichtliche Mißachtung der Beschlüsse des Ministerrates durch die italienische Regierung mit ihrer Zustimmung zu unterstützen? |

63. Abgeordneter
Menzel
(SPD)
- Aus welchen Gründen erfolgte im Achtzehnten Rahmenplan der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (Drucksache 11/5099) die Streichung des Kapitels 8 mit den raumordnungspolitischen wichtigen Abschnitten „Städtebaupolitik“, „Behördenstandorte“ und „Raumordnung“, und erfolgte dies in Abstimmung mit dem Bundesminister für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau?
64. Abgeordneter
Menzel
(SPD)
- Wie gedenkt der Bundesminister für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau, nachdem die bislang in den Rahmenplänen der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ verankerte Verzahnung von Raumordnungspolitik und regionaler Strukturpolitik aufgegeben worden ist, raumordnungspolitische Belange in der nationalen und EG-Regionalpolitik durchzusetzen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung

65. Abgeordnete
Frau Schmidt
(Nürnberg)
(SPD)
- Ist der Bundesregierung bekannt, wie viele Berufsrückkehrerinnen die erweiterte Rahmenfrist nach § 46 Abs. 1 Ziffer 1 AFG für Maßnahmen der Fortbildung und Umschulung genutzt haben?
66. Abgeordneter
Hinsken
(CDU/CSU)
- Hat die Bundesregierung bereits Überlegungen angestellt, Nachschulungsprogramme in den überbetrieblichen Bildungsstätten des Handwerks für Über- und Aussiedler durchzuführen, um den Kenntnisstand dieses Personenkreises theoretisch und praktisch an die technische Entwicklung des hohen Niveaus unserer Wirtschaft anzugleichen?
67. Abgeordneter
Hinsken
(CDU/CSU)
- Hat die Bundesregierung bereits entsprechende Kontakte mit den einschlägigen zuständigen Behörden aufgenommen, um mit solchen Maßnahmen u. a. die Facharbeiterlücke zu schließen und die Beschäftigungschancen für Über- und Aussiedler zu erhöhen?
68. Abgeordneter
Dr. Hitschler
(FDP)
- Kann die Bundesregierung Berichte bestätigen, nach denen das Sonderprogramm der Bundesregierung zur Einstellung von Langzeitarbeitslosen wegen unvereinbarer Vorstellungen über die Arbeitszeit (vor allem bei Teilzeit-Arbeitnehmern), beispielsweise wegen gesundheitlicher Beeinträchtigungen, bei vielen Bewerbern von einstellungsbereiten Unternehmen nicht wie

- beabsichtigt in wirklich bedeutsamen Umfange genutzt werden kann, und sind ihr noch weitere Hinderungsgründe bekannt?
69. Abgeordneter
Dr. Hitschler
(FDP)
- Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, die sich bereits heute abzeichnenden Probleme bei der Inanspruchnahme des Sonderprogramms zur Einstellung von Langzeitarbeitslosen umgehend zu beseitigen, um das allseits begrüßte Programm auch in der Praxis erfolgversprechend umsetzen zu können?
70. Abgeordneter
Kirschner
(SPD)
- Wie löst die Bundesregierung ihre u. a. im Regierungsentwurf eines Gesundheits-Reformgesetzes bekundete Absicht ein, eine unzumutbare Belastung der Versicherten durch die Kostenerstattung bei Zahnersatz und Kieferorthopädie zu verhindern und auszuschließen, daß Versicherte Zahnarztrechnungen vor Erhalt des Kassenteils begleichen müssen?
71. Abgeordneter
Kirschner
(SPD)
- Wird die Bundesregierung, nachdem es ihr auch elf Monate nach Inkrafttreten des Gesundheits-Reformgesetzes nicht gelungen ist, diese Absicht zu verwirklichen, das Gesundheits-Reformgesetz ändern, um die Versicherten vor unzumutbaren Belastungen zu schützen, oder welche anderen Maßnahmen wird sie ergreifen?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung

72. Abgeordnete
Frau Hoffmann
(Soltau)
(CDU/CSU)
- Wie hoch sind die durch ein mangelndes Wohnungsangebot an den Standorten bedingten Mehraufwendungen des Bundesministers der Verteidigung für Trennungsgeld?
73. Abgeordneter
Lowack
(CDU/CSU)
- Treffen Mitteilungen zu (vgl. Europäische Wehrkunde, Heft Nr. 11/89), daß die Sowjetunion ihre strategischen Kernwaffen modernisiert, und gibt es hierfür von seiten der sowjetischen Führung eine Erklärung?
74. Abgeordneter
Dr. Kübler
(SPD)
- Wie stellt die Bundesregierung sicher, daß auf von der Bundeswehr oder von alliierten Streitkräften militärisch genutzten Geländen die bundesdeutschen Vorschriften zum Schutz von Grund- und Trinkwasser angewendet werden, und werden die Öffentlichkeit und die zuständigen unteren Behörden umfassend von eventuellen Verstößen in Kenntnis gesetzt?

75. Abgeordneter
Dr. Daniels
(Regensburg)
(DIE GRÜNEN)

Welche Auswirkungen haben die Äußerungen des amerikanischen Verteidigungsministers über geplante Truppenreduzierungen auf die Truppenübungsplätze Grafenwöhr und Hohenfels, und bis wann wird auch auf Grund der Lärmbelastungen und Umweltbelastungen der Übungsumfang auf diesen Plätzen reduziert?

Bonn, den 1. Dezember 1989